

Nelken schön, aber bitte nicht rot.

Die deutsche Sozialdemokratie und Portugal von der Diktatur zur Demokratie¹

Antonio Muñoz Sánchez (Universidade de Lisboa)

Drei volle Tage antichambrierten wir in der [SPD-Zentrale], nutz- und erfolglos. Über seinen Sekretär [...] ließ uns Brandt wissen, er könne es sich nicht erlauben, Soares, Chef einer – vom Salazar-Regime allerdings nicht anerkannten – „Schwesterpartei“ zu empfangen, auch nicht als „Genosse“, der einen anderen „Genossen“ eben mal trifft [...]. Es war ein Reinfall; wir sahen nicht einmal Brandts Rockschöße. [...] Die Episode hatte noch ein absurd-paradoxes Nachspiel. Wenige Jahre später, im März 1975, traf Brandt [...] in New York ein. Bei einem Essen, das ihm der deutsche Generalkonsul ausgerichtet hatte und zu dem auch ich geladen war, nannte der schon politisch gestrauchelte Brandt den inzwischen im revolutionären Portugal zu Regierungsehren gelangten Soares seinen „alten guten Freund“. Er sagte es, ohne mit der Wimper zu zucken – und ich fühlte, gelinde gesagt, ein deutliches Unbehagen (Lamberg 2006, 347).

Die Unterstützung der portugiesischen Sozialisten durch die europäischen Sozialisten trug maßgeblich dazu bei, dass Mário Soares an die Spitze des Teiles der Gesellschaft gelangte, der sich während der Nelkenrevolution dem Prozess der Errichtung einer Volksdemokratie unter der Führung der Kommunisten Álvaro Cunhals erfolgreich widersetzen konnte. Schon damals wurde die regierende deutsche Sozialdemokratie als die europäische politische Bewegung identifiziert, die bei weitem am meisten zum Sieg der portugiesischen Sozialisten und damit zur Errichtung einer Demokratie westlichen Stils in dem iberischen Land beitrug. Der vorliegende Text befasst sich mit dieser in Europa einmaligen Episode transnationaler Parteienzusammenarbeit. Dabei wird sie im Kontext bilateraler deutsch-portugiesischer Beziehungen in der Spätphase des Estado Novo und der Nelkenrevolution selbst eingeordnet. Wie im Eingangszitat angedeutet, geht es hier nicht um eine rührende Freundschaftsgeschichte zwischen Genossen, wie sie sich in das Gedächtnis der deutschen und portugiesischen Sozialisten eingebrannt hat. Im Gegenteil, es ist die Geschichte einer seltenen Episode internationaler Beziehungen, in der die Unterstützung einer Schwesterpartei zum wirksamsten Instrument der Verteidigung der eigenen nationalen Interessen wird. Ein einzigartiger Moment, in dem sich Realpolitik und internationale Solidarität wie Sterne am Firmament aneinanderreihen.

1 Der Autor dankt Heike M. Martínez für Durchsicht und Korrekturen des Manuskripts.

Die Bundesrepublik und der Estado Novo. Waffenbrüderschaft im Kalten Krieg

Die Beziehungen der Bundesrepublik zu Portugal gestalteten sich so harmonisch wie inhaltslos, bis sich ihre beiden Schicksale Ende der 1950er Jahre unerwartet trafen. Einerseits identifizierte die Regierung Konrad Adenauer Portugal als geeigneten Ort in Südeuropa zum Bau von Anlagen, die der Bundeswehr im Kriegsfall mit der UdSSR als Nachschubbasen dienen konnten. Andererseits suchte die Diktatur von António de Oliveira Salazar nach militärischen Alliierten, um dem sich abzeichnenden Konflikt in den Kolonien entgegenzutreten. Anders als die USA und das Vereinigte Königreich zeigten Frankreich und die Bundesrepublik ihre Bereitschaft, mit der portugiesischen Diktatur zu kooperieren. Aus diesem Zusammentreffen von Interessen sollte ein enges strategisches Bündnis erwachsen, das den deutsch-portugiesischen Beziehungen bis zur Nelkenrevolution seinen Stempel aufdrückte (Hallbauer 2015).

Die Grundpfeiler der Waffenbrüderschaft zwischen Bonn und Lissabon wurden 1960 mittels einer geheimen Vereinbarung gelegt, die u. a. den Bau des Stützpunkts in Beja und die Einrichtung von Reparaturwerkstätten und Lagern der Bundeswehr an anderen Orten Portugals festlegte. Sie beinhaltete auch Vergünstigungen für den Erwerb von deutschen Flugzeugen, Hubschraubern, Transportfahrzeugen, Booten und Pistolen. Als Gegenleistung erteilte die Bundesrepublik finanzielle Hilfe für Infrastrukturprojekte wie den Ausbau der Flughäfen von Lissabon, Porto, Faro und Funchal. Den staatlichen Initiativen folgten, angezogen von den niedrigsten Löhnen in Südwesteuropa, auch Investitionen deutscher Unternehmen in Portugal. Deren Interesse an den portugiesischen Kolonien wuchs ebenso, besonders als die Lissabonner Regierung 1966 den Bau eines riesigen Staudamms in Mosambik bekanntgab. In wenigen Jahren mauserte sich die Bundesrepublik nicht nur zum engsten militärischen Unterstützer, sondern auch zum größten wirtschaftlichen Partner Portugals (Hallbauer 2015).

So wie die Bundesrepublik dazu beitrug, dass Portugal sich weiterhin an seinen imperialen Traum in Afrika klammerte, fungierte sie aber auch als Impulsgeber einer Modernisierung, welche der iberischen Nation allmählich einen neuen Horizont in Europa eröffnete. Die Modernisierung brachte frischen Wind, ohne jedoch eine weitgehende Dynamisierung zu bewirken. Portugal blieb ein wenig entwickeltes, in seiner kolonialen Problematik versunkenes und auf Afrika fixiertes Land. Ganz anders als das benachbarte Spanien, wo das Wirtschaftswunder ins Auge sprang, die Gesellschaft den Franquismus als überholt erscheinen ließ und den Anschluss an Europa anstrebte. Diese Tatsache verdichtete sich zu einer der sichersten Gewissheiten der westlichen Politik gegenüber der iberischen Halbinsel: Wenn die Demokratie eines Tages die Pyrenäen überspringen sollte, dann würde sie sich zuerst in Spanien etablieren und nur dann, langsam, auch nach Portugal ausweiten (Pero *et al.* 2010).

Im Gegensatz zu Spanien war Portugal über Jahrzehnte hinweg *terra incognita* für die europäische Linke. Das änderte sich erst ab 1961, dem *annus horribilis* Salazars, das sein Regime auf die Landkarte internationaler Politik setzte. Im Januar kaperten der quijoteske Hauptmann Henrique Galvão und seine Gefährten vom Iberischen Revolutionsdirektorium der Befreiung ein Passagierschiff in der Karibik und erweckten damit weltweit Aufmerksamkeit für die Unfreiheit in Portugal. Wenige Tage darauf brach der Krieg in Angola aus und in Portugal kam es zu einem gescheiterten Militär-

putsch gegen Salazar. Völlig unerwartet tauchte Portugal so aus dem dichten Nebel auf, der es eingehüllt hatte, und präsentierte sich der Welt mit all seinen Widersprüchen. Wie die SPD in ihrem Pressedienst feststellte, wurde „das Land der Entdecker [...] plötzlich entdeckt“ (SPD-Pressedienst 1961).

Die SPD entdeckte Portugal zu einem entscheidenden Zeitpunkt ihrer eigenen Geschichte. Um Anschluss an die mit Adenauer zufriedene gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen, gab die SPD nach 1959 ihre Frontalopposition auf und machte sich die Westpolitik des Kanzlers zu eigen. Ohne diesen Umbruch hätte die SPD im Bundestag sicher gegen den Bau des Bundeswehrstützpunkts in Beja gewettert und die Waffengeschäfte mit Lissabon als Hilfe zur Massakrierung unschuldiger afrikanischer Bürger energisch verurteilt. Nunmehr jedoch wollten ihre Führer den Wählern, denen die Lage in Portugal oder Afrika nicht gerade schlaflose Nächte bereitete, zeigen, wie verantwortungsvoll sie waren, und vermieden in der Folge jede Kritik an der Regierung wegen ihrer Freundschaft mit Lissabon. Diese nicht gerade kämpferische Haltung gegenüber dem Estado Novo sollte ebenso das Verhältnis der SPD zur portugiesischen Opposition bestimmen (Birle und Muñoz Sánchez 2020).

1964 gründete eine kleine Gruppe um Mário Soares die Acção Socialista Portuguesa (ASP), die von Anfang an Anschluss zur mächtigen europäischen Linken suchte (Martins 2005). Die SPD war die letzte große Partei der Sozialistischen Internationale (SI), mit der sie Kontakt aufnahm. Im September 1966 traf Mário Soares sich in Bonn mit einem zweitrangigen Funktionär der SPD und bat den Vorstand um Bekundung seines Interesses an der Aufnahme von Beziehungen. Wochen später und ohne Hinweis seitens der SPD kam es auch zum ersten Kontakt der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit der ASP. Die Initiative ging vom FES-Mitarbeiter Robert Felix Lamberg aus während seiner Reise nach Madrid zur Auslotung der Kooperation mit dem Sozialisten Enrique Tierno Galván, welcher freundschaftliche Beziehungen zu Mário Soares pflegte. Von den Spaniern ermutigt, reiste Lamberg von Madrid nach Lissabon, um die ASP kennenzulernen.²

Robert Lamberg überraschten der wirtschaftliche Rückstand, die gesellschaftliche Lethargie und politische Sklerose in Portugal. Das Land weise wenige Anzeichen einer Modernisierung auf, die sozialen Unterschiede passten eher ins 19. Jahrhundert. Man habe den Eindruck, dass fast vierzig Jahre Repression, Propaganda und Zensur Salazar dazu gedient hätten, der leidgeprüften portugiesischen Nation seine „skurril-rückständige Ideenwelt“ einzuimpfen. Die ganze Gesellschaft nehme sich wie gelähmt aus. Es gebe keinerlei öffentliche Debatte, die Presse bestehe aus Pamphleten mit weniger Informationswert und Wahrheitsgehalt als die „sowjetischen Organe zur Zeit Stalins“. Angesichts des absoluten Hermetismus des Estado Novo sei jedes Szenario über die Zukunft des Landes reine Spekulation. Außer Zweifel stünde allerdings, dass die Opposition an Bedeutung gewinnen würde. Lamberg traf sich mit Mário Soares, Raul Rêgo und anderen Sozialisten, allesamt *hommes d'affaires*, die in ihrer Freizeit gegen die Diktatur konspirierten. Diese zum Teil älteren Aktivisten wollten mit der geplanten Umwandlung der ASP in eine Partei ihren Einfluss auf die Gesellschaft steigern. Mittellos, waren sie auf jedwede Hilfe von außen angewiesen, die zu jener Zeit

2 Interview von Antonio Muñoz Sánchez mit Robert F. Lamberg. Köln, August 2003.

nur tröpfchenweise hereinkam, weil, wie Soares klagte, „sich das gesamte westliche Ausland von den Problemen Portugals abgewandt hat“.³

Im Dezember 1966 wurde Willy Brandt Außenminister der Großen Koalition. Der SPD-Vorsitzende hatte es somit in der Hand, der gerade erst entdeckten ASP einen Platz in der Portugal-Politik der Bundesrepublik einzuräumen. Er hielt das aber nicht für opportun. Die Beziehungen zu Lissabon, durch die Entscheidung Bonns, die Waffenauslieferung zu reduzieren, bereits angespannt, sollten nicht noch komplizierter werden. Die mangelnde Bereitschaft der regierenden SPD zur Annäherung an die ASP bedeutete jedoch nicht, dass sie sich von deren Sache distanzierte. Im Gegenteil, ganz durchdrungen von den in den sechziger Jahren so aktuellen Modernisierungstheorien war die SPD überzeugt, dass Portugal unaufhaltsam in Richtung Demokratie marschierte (Birle und Muñoz Sánchez 2020).

Der Schritt an die Macht bewirkte bei der SPD daher keine vielversprechende Fortsetzung ihrer kurz zuvor etablierten Beziehungen zur ASP, sondern eher ein Bremsen. Dergestalt blieb die von Mário Soares auch nach seinem Besuch in Bonn mehrfach wiederholte Einladung zum Dialog ohne Antwort. Das geringe Engagement der SPD für die ASP sorgte bei den Genossen für Unverständnis, und so ließ Francisco Ramos da Costa es Willy Brandt persönlich wissen:

Bisher hat sich Ihre Partei gleichgültig gegenüber den Ansätzen der ASP gezeigt, freundschaftliche Beziehungen als sozialistische Schwesterparteien aufzubauen, obwohl Ihnen die Gastfreundschaft und Hilfe, die uns von der SI und einzeln von anderen sozialistischen Parteien [...] nicht unbekannt ist [...]. Ich tue Ihnen nicht Unrecht zu glauben, dass Sie zugeben, dass der Salazar-Faschismus noch lange andauern wird.⁴

Andererseits aber hatte die FES mit Einverständnis der SPD ihre offene Bereitschaft zur Unterstützung der ASP gezeigt. Schon im Frühling 1967 erhielt die FES vom Auswärtigen Amt eine kleine Finanzierung für ihr neues Projekt in Portugal. Das hier beschriebene Muster der Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zum portugiesischen Sozialismus sollte ohne nennenswerte Veränderungen bis zum Ende des Estado Novo erhalten bleiben. Auf der einen Seite stand die SPD, die aus Furcht vor der Belastung der offiziellen Regierungspolitik Bonns gegenüber Lissabon wenig geneigt war, den beharrlichen Bitten der ASP entgegenzukommen. Auf der anderen Seite versuchte die FES, die Genossen dabei zu unterstützen, ihre Konsolidierungsprojekte in Portugal durchzuführen.

Der Traum einer Demokratisierung unter Marcelo Caetano

Im Herbst 1968 kam es zu einem epochalen Ereignis in Portugal, nämlich dem Wechsel an der Spitze der Diktatur. Der ‚liberale‘ Marcelo Caetano entwarf einen ehrgeizigen Reformplan, befreite politische Gefangene, lockerte die Zensur und kündigte eine Verfassungsreform an. Portugal genoss den ‚marcelistischen Frühling‘ völlig und sogar die

3 Robert F. Lamberg. Bericht über seine Portugalreise. November 1966, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Willy Brandt Archiv (WBA) 1/5.

4 Francisco Ramos da Costa an Willy Brandt. 25 Juni 1968, AdsD, SPD-Parteivorstand 10513.

Opposition ließ sich vom Optimismus mitreißen, besonders Katholiken und Sozialisten. Als Zeichen der konstruktiven Haltung der ASP gegenüber der Regierung brach Mário Soares mit der bis dahin gepflegten Einstimmigkeit der Opposition, kritisierte den ‚Totalitarismus‘ der Kommunistischen Partei und überredete die sozialistischen Genossen, sich den Wahlen zum Scheinparlament erstmals mit einer eigenen Liste zu stellen, der sich auch eine Minderheit der katholischen Opposition anschloss (Martins 2005).

Die Bundesregierung betrachtete die Wende in Portugal differenzierter und skeptischer als die gemäßigte Opposition in Lissabon. Die Liberalisierung des Estado Novo konnte nur als ein auf sehr lange Sicht angelegter Prozess verstanden werden, mit vielen Hindernissen und der ständig drohenden Gefahr der mächtigen Ultras in Militär und Wirtschaft. Dies mussten auch die Oppositionellen erkennen, denen es gut anstünde Caetano Verständnis entgegenzubringen, denn schließlich läge es nur in seiner Hand, „Portugal allmählich auf dem Weg des demokratischen Rechtsstaats zurückzuführen“.⁵

Die SPD folgte diesem Leitgedanken, setzte ihre Hoffnungen auf Marcelo Caetano und reagierte nicht auf die Bitten der Sozialisten um Unterstützung. Anfang 1969 traf Willy Brandt in Lissabon mit seinem Amtskollegen Alberto Franco Nogueira zusammen – ein schwerer Schlag für die ASP, die das als unzumutbares Zeichen der Freundschaft der SPD mit den „portugiesischen Faschisten“ abstempelte.⁶ Monate später reiste Mário Soares auf Einladung der FES nach Bonn und versuchte mit Hilfe Robert F. Lambers den SPD-Vorsitzenden zu treffen. In der Parteizentrale wurde ihm aber der Zugang zu Willy Brandt verweigert; eine von Soares zutiefst bedauerte Demütigung. Kurz zuvor hatte die ASP erstmals als Beobachter an einem Kongress der Sozialistischen Internationale teilgenommen. Dort wurde beschlossen, im Wahlkampf eine Delegation nach Lissabon zu senden, welche gegenüber der Bevölkerung die Unterstützung der europäischen Sozialisten für die Liste von Mário Soares bekräftigen sollte. Bezeichnenderweise distanzierte sich die SPD von der Initiative, „nicht nur vom deutschen außenpolitischen Interesse her“, sondern auch, weil man sie für abträglich hielt.⁷ Wenn Portugals Weg zur Demokratie einzig und allein davon abhing, dass Caetano sich gegen den starrsinnigen Flügel durchsetzte, dann war es sinnlos, von Europa aus Aktionen zu fördern, die den Ultras „Munition“ gegen den Ministerpräsidenten liefern würden (Lopes 2014).

Trotz vielfältiger Unregelmäßigkeiten waren die Parlamentswahlen vom Oktober 1969, bei denen erstmals auch Frauen stimmberechtigt waren, die saubersten des Estado Novo. Die Einheitspartei feierte einen überwältigenden Sieg, während die beiden oppositionellen Listen nur auf ein Neuntel der Stimmen kamen. Das Ergebnis war besonders schlecht für die Sozialisten, deren Liste nur 1,5 % erhielt und von der kommunistischen Liste mit 10,3 % somit weit übertroffen wurde. Kein Mitglied der Opposition erlangte einen Sitz im Parlament, aber etwa dreißig katholische Demokraten schafften den Sprung über die offizielle Liste, darunter Francisco Sá Carneiro (Rosas und Aires Oliveira 2004).

5 Bericht der deutschen Botschaft in Lissabon über den II. Republikanischen Kongress in Aveiro. 21. Mai 1969, Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PAAA) B26/399.

6 Francisco Ramos da Costa an Robert F. Lamberg. 5. März 1969, Arquivo da Fundação Mário Soares, Documentos Francisco Ramos da Costa 04384.001.

7 Hans-Eberhard Dingels an Hans-Jürgen Wischnewski. 9. Oktober 1969, AdsD, WBA A2/50.

Die Wahlen in Portugal fielen mit der Bildung der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik zusammen. In Willy Brandt wurden große Hoffnungen gesetzt, einen Kurswechsel gegenüber dem Estado Novo einzuleiten, besonders seitens der Jusos, für die eine Regierung, die „mehr Demokratie wagen“ wollte, die Komplizenschaft mit dem „Skandal Portugal“ aufgeben musste (Maslowski 1971). In den ersten Monaten der Brandt-Ära machten einige Gesten glauben, dass diese Wende möglich war. Die SPD lud Vertreter der Unabhängigkeitsbewegungen aus Guinea-Bissau, Angola und Mosambik nach Bonn ein. Auf derselben Linie erklärte NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn während einer Afrikareise, dass die Sozialdemokraten diese Bewegungen unterstützten. Derartige Bekundungen führten zu Beschwerden Lissabons und irritierten Außenminister Walter Scheel. Er drängte den Kanzler, statt Portugal mit Initiativen zu brüskieren, die nur die deutsche Öffentlichkeit beruhigen wollten, solle Bonn die guten Beziehungen zu Marcelo Caetano dazu nutzen, ihm zu helfen einen Ausweg aus dem Kolonialkrieg zu finden (Lopes 2014). Der Kanzler folgte dem Rat und sandte Minister Horst Ehmke auf eine „goodwill“ Mission nach Lissabon, die Brandt selbst Jahre später als wenig intelligente Initiative einschätzte:

Ich erinnere mich auch an die Stupidität, auf die wir gestoßen waren, als wir im Herbst 1970 nach Absprache mit Kenneth Kaunda [dem Präsidenten von Sambia und der Organisation für Afrikanische Einheit/OAE] in Lissabon sondieren ließen, ob in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren der Status der portugiesischen Besitzungen verändert werden könne (Brandt 1978, 630).

Bei seinem Treffen mit Ehmke übergab Caetano den Vorschlag und bemühte sich lediglich darum, für die Vorteile seiner Afrikapolitik zu werben. Der Minister nahm von dieser Reise den Eindruck mit, dass Caetano die Entkolonisierung zwar weiterhin anstrebte, der Druck der Ultras aber seinen Bewegungsspielraum stark einengte.⁸

Nach einem Jahr entschloss sich die sozialliberale Koalition schließlich, den immer stärker werdenden internationalen Druck auf Lissabon nicht noch zu verschärfen. Die Bundesregierung sah keine Alternative zu Marcelo Caetano und klammerte sich weiterhin an die Illusion, die Entkolonisierung und Demokratisierung seien ihm ernsthafte Anliegen. Die Haltung der sozialliberalen Koalition gegenüber dem Estado Novo verhartete somit in einem geradezu schizophrenen Sowohl-als-auch:

Wir müssen weiterhin mit dem für unsere Afrika-Politik typischen Dilemma leben: einerseits Bekenntnis zur Selbstbestimmung und Verurteilung von Rassendiskriminierung, andererseits Fortsetzung bestehender Beziehungen zu Portugal wegen wohlverstandener eigener Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen.⁹

Die Unfähigkeit der Bundesregierung, eine minimale ethische Komponente in ihrer Portugalpolitik zu zeigen, brachte ihr von den Jusos und der außerparlamentarischen Opposition scharfe Kritik ein (Lopes 2014).

8 Horst Ehmke über sein Treffen mit Marcelo Caetano. 8. Oktober 1970, PAAA, B 26/398.

9 Aufzeichnung vom Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Günther van Well. 23. Januar 1973, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 23 (Institut für Zeitgeschichte 2004).

Die ASP durchlief Anfang der siebziger Jahre ihre schwierigste Zeit. Die Wahlen von 1969 waren ein harter Schlag gewesen, der Mário Soares und seine Genossen an den Rand des Abgrunds gebracht hatte. Enttäuscht von ihrem mageren Wahlergebnis und der immer mehr ins Stocken geratenen Liberalisierung, stürzten sich die Sozialisten in eine frontale Opposition gegen Caetano, mit der sie auch hofften, ihre Glaubwürdigkeit in der Linken wiederherzustellen, die sich in Portugal ebenso radikalisierte wie im übrigen Kontinent. Im Frühjahr 1970 reiste Mário Soares in mehrere Länder Europas und Amerikas, wo er Vorträge hielt und Interviews gab, in denen er den „Faschisten“ Caetano anprangerte und erstmals offen den Kolonialkrieg verurteilte. Soares wurde dann vom Regime vor die Wahl gestellt, Portugal zu verlassen oder sich einem Verfahren wegen Vaterlandsverrat zu stellen. Der Generalsekretär der ASP beschloss daraufhin, sich in Paris niederzulassen.

Soares' Weggang ins Exil war zwar ein harter Schlag für die ASP in Portugal, für ihre internationale Ausstrahlung aber ein Geschenk der Vorsehung. Der charismatische portugiesische Sozialistenführer konnte von Paris aus die zunehmend kritische Haltung des Westens gegenüber dem Kolonialkrieg ausnutzen und über die Medien, durch Vorträge und Bücher dem großen Publikum Europas erstmals die Stimme der Opposition in seinem Land nahebringen (Soares 1973). Besonders bedeutend war seine Rolle bei der Festigung der Beziehungen der ASP mit den Schwesterparteien. Mit seiner Art als gutgelaunter Genussmensch und seinem unerschütterlichen Optimismus erwarb Soares sich die Sympathie und Freundschaft von einem Großteil der Führung der demokratischen Linken in Europa, welche ihm Türen zu allen möglichen Foren öffnete. Diese Lobbyarbeit wurde im Juni 1972 mit dem Eintritt der ASP in die SI belohnt (Martins 2005).

Damit ging jedoch kein wesentlicher Wandel in den Beziehungen der ASP zu den europäischen Parteien einher. Soares' ständige Aufrufe zur Isolierung des Estado Novo und massiven Unterstützung einer sozialistischen Option in Portugal fanden kaum Gehör. Mitten in der Ära der Entspannung war kein Platz für den Gedanken, gemeinsam Druck auf ein westliches Land auszuüben, welches obendrein NATO-Mitglied war. Stillschweigend verstanden die SI-Parteien, dass Portugal zur Erlangung der Demokratie einzig und allein der von Caetano aufgezeigte Weg offenstand, eben dem ‚Tyrannen‘, dem Soares ein baldiges Ende wünschte. Die Alternative zum Ministerpräsidenten war keinesfalls die schwache, von den Kommunisten beherrschte Opposition, sondern die Ultras, deren mögliche Machtergreifung die Diktatur verschärfen und den Krieg endlos verlängern würde. Erst in diesem Zusammenhang wird deutlich, wie wichtig für die ASP die Hilfe war, die sie von der FES erhielt und die ihren Höhepunkt in der Gründung der Sozialistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland erreichen sollte.

Es war die FES, die nach 1970 die zwei größten Projekte der ASP in Portugal durch ihre finanzielle Unterstützung überhaupt ermöglichte: die Modernisierung der Zeitung *República*, die zum wichtigsten Sprachorgan der Opposition wurde; und die Gründung eines Kulturzentrums in Lissabon, das als inoffizielle Zentrale der Sozialisten fungierte. Auch für die ASP im Exil war die Unterstützung der FES von fundamentaler Bedeutung. Deren Leitmotiv bestand darin, Soares in seiner Werbe-, Propaganda- und Lobbytätigkeit in Europa zu begleiten (Birle und Muñoz Sánchez 2020).

Einer Bitte Mário Soares' folgend, organisierte die FES im April 1973 ein Treffen der ASP in Bad Münstereifel. Zur Diskussion stand die Gründung einer Partei. Gegen die

Meinung vieler Genossen, die es für sinnlos hielten, eine winzige Gruppe von Freunden als Partei zu organisieren, verteidigte Soares den Schritt und präsentierte die kritische Situation in Portugal als Anlass dafür. Der Estado Novo war verrotten und konnte jeden Augenblick zusammenbrechen. Die Sozialisten müssten auf den Umbruch vorbereitet sein, denn nur als Partei würden sie ernst genommen werden. Nach langen, lebhaften Debatten wurde schließlich über die Umwandlung der ASP in eine Partei abgestimmt. Zwanzig Delegierte sprachen sich dafür aus und sieben dagegen, unter ihnen Mário Soares' Frau. Begeistert stimmten die Genossen die portugiesische Nationalhymne an und brachten einen Toast auf die Neugeburt aus. Um Repressalien gegen die sieben Kongressteilnehmer zu vermeiden, die nach Lissabon zurückkehrten, gab es wochenlang keinerlei Nachricht oder Information über den Kongress in Bad Münstereifel und seine Ergebnisse. Erst im Lauf der Zeit wurden die Einzelheiten dieses Schlüsselereignisses des portugiesischen Sozialismus bekannt, mit dem die FES sich ihrerseits mit goldenen Buchstaben in die Geschichte der internationalen Solidarität eintrug (Martins 2005).

Zum Zeitpunkt der Gründung der Partido Socialista (PS) stand der Estado Novo wegen der immer kritischeren Situation in den Kolonien unter starkem internationalem Druck. Die schockierenden Bilder des Massakers von Wiriyamu in Mosambik vom Dezember 1972, die der Öffentlichkeit erst im Sommer 1973 bekannt wurden, lösten in der ganzen Welt eine Welle der Empörung aus. In diesem Ambiente eines verheerenden Imageverlusts des Estado Novo entfaltete Mário Soares eine erfolgreiche Werbekampagne für seine neue Partei und wurde in nahezu allen europäischen Hauptstädten von den Sozialisten empfangen (Castaño 2013). Doch nicht in Bonn, wo die SPD ihre traditionell kühle Haltung gegenüber den portugiesischen Sozialisten beibehielt. Dies änderte sich erst in den letzten Tagen des Estado Novo, als seine Krise sich zuspitzte. Im April 1974 entschied die SPD, der Bitte der PS nachzukommen und lud Mário Soares zu einem dreitägigen Besuch nach Bonn ein. Am Donnerstag, den 25. April, sollte er endlich Willy Brandt treffen (Birle und Muñoz Sánchez 2020).

Mário Soares sprach in Bonn von der Endkrise der Diktatur und von einem möglichen Militärputsch. Die deutschen Genossen hörten ihm aber mit Skepsis zu, denn es war nicht das erste Mal, dass er das bevorstehende Ende des Estado Novo ankündigte. Diesmal aber lag Soares richtig. Am 25. April wurde er um halb sieben Uhr morgens in seinem Zimmer im Hotel Bristol durch einen Anruf von Veronika Isenberg, Mitarbeiterin der SPD, geweckt: Radio Paris gab bekannt, verschiedene Kasernen in Portugal seien mobilisiert worden und Panzer würden durch die Straßen Lissabons fahren. „Das sind unsere Leute!“ jubelte Soares, der sich auf dem schnellsten Weg nach Portugal aufmachte.¹⁰ An diesem Tag kam es folglich nicht zu dem so lange herbeigesehnten Treffen mit Willy Brandt, den Soares danach aber häufig sehen würde. Denn dieselben Sozialisten, die bis zu diesem Zeitpunkt nur eine Fußnote in der Bonner Portugal-Politik gewesen waren, sollten mit der Revolution zum Kern einer deutschen „friedlichen Intervention“ in dem iberischen Land werden.

10 Interview von Antonio Muñoz Sánchez mit Veronika Isenberg. Saints, Frankreich, Mai 2011.

Vom Putsch zur Revolution

Der Zusammenbruch des Estado Novo und das darauffolgende Fest der Freiheit weckten in der Bundesrepublik wie überall in der Welt weitverbreitete Sympathie. Sehr bald jedoch kamen Zweifel auf angesichts der riesigen Herausforderungen Portugals, der geringen politischen Vorbereitung der Offiziere, des ungünstigen Umfelds der Weltwirtschaftskrise und der Tatsache, dass Álvaro Cunhals Partido Comunista Português (PCP) die einzige organisierte Partei war, deren unermüdlicher Kampf gegen die Diktatur ihr in der neuen Lage enormes Prestige und politisches Kapital einbrachte. Der tiefverwurzelte Antikommunismus der Bundesrepublik und nicht zuletzt kulturelle Vorurteile verwandelten Zweifel schon bald in Besorgnis (Zimmerer 1996). Dabei tat sich insbesondere die konservative Presse hervor, allen voran die FAZ und *Die Welt*, nicht zufällig die einzigen Blätter, die Caetano bis zum Ende den Rücken gestärkt hatten. Deren iberische Korrespondenten urteilten schon wenige Tage nach dem Putsch, „dass sich in Portugal langsam ein politisches Drama entfalten wird“ (*Die Welt* 1974). Man dürfe sich nicht von der charismatischen Führung des neuen Präsidenten António Spínola, der pathetischen Rhetorik des Movimento das Forças Armadas (MFA) oder der Aufrufe der Kommunisten zur Mäßigung täuschen lassen. Wenn Portugal „von dieser Welt“ war, dann würde die festliche Einheit bald verfliegen und das Land ins Chaos stürzen (FAZ 1974b). Die Befürchtung, dass Portugal zu einem Spannungsherd oder gar einem Brückenkopf Moskaus in Westeuropa werden könnte, war also von Beginn der Revolution an in weiten Kreisen der Bundesrepublik präsent und lastete als ständiger Druck auf der Sozialdemokratie. Trotz des politischen Dramas um den Rücktritt Willy Brandts reagierte Bonn rasch auf die Gefahr der Radikalisierung in Portugal. Man dürfe nicht warten, bis „eines Tages die Bundesregierung gefragt wird, was sie getan hat, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken“.¹¹

Die neue Regierung unter Helmut Schmidt zog drei Handlungslinien in Betracht, um positiv auf den in Portugal eingeleiteten Demokratisierungsprozess einzuwirken. Erstens, Lissabon diplomatische Unterstützung anbieten, z. B. für die mögliche Neuverhandlung des Abkommens mit der EWG. Zweitens, wirtschaftliche Hilfe leisten, sei es durch die direkte Finanzierung konkreter Projekte oder die Mobilisierung internationaler Kredite. Drittens, die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Parteien. In den ersten Monaten der Revolution konzentrierten sich die in vielen Punkten uneinigen und schlecht abgestimmten Machthaber in Lissabon auf die Kolonialfrage und ließen andere zentrale Fragen wie die Beziehung zur EWG oder das für das Land vorgesehene Wirtschaftsmodell offen.¹² Portugal nutzte also die von Bonn bereits Anfang Mai vorgeschlagene Linie der Wirtschaftshilfe nicht aus und ersuchte auch nicht um Unterstützung für die Eröffnung von Verhandlungen in Brüssel. Da die staatliche Zusammenarbeit eingeschränkt war, blieb der Bundesrepublik als Haupteinflussinstrument die Unterstützung der gemäßigten Parteien. Angesichts der in tiefen Misskredit geratenen Mitte-Rechts-Parteien und ihrer Orientierungslosigkeit brauchten die deutschen Liberalen und Konservativen recht lange, bis sie Partner in Portugal fanden. Nur die SPD konnte dank ihrer erprobten Beziehung mit der PS, die zum

11 Bericht des Auswärtigen Amts über Portugal, 15. Juni 1974, PAAA, 10445.

12 Bericht des Europäischen Rats über Portugal, 31. Oktober 1974, Archiv des EG-Rats, 21734.

großen Teil auf der langjährigen Arbeit der FES basierte, diese Paralleldiplomatie von Anfang an voll ausnutzen.

Am 25. April bestand die PS aus ca. 50 Mitgliedern, von denen nur Mário Soares in der Bevölkerung bekannt war. Ihrer Schwäche voll bewusst, bemühte sich die Partei von nun an um die massive Unterstützung der europäischen Sozialisten (Sablosky 2000). Anfang Mai kam Soares nach Bonn und wurde diesmal von Willy Brandt, am Vortag seines Rücktritts, mit allem Pomp im Kanzleramt empfangen. Soares präsentierte die PS als den Schlüssel für den Erfolg der Demokratie in Portugal. Denn sie sei „die einzige politische Kraft [...], die den Kommunismus zurückdämmen kann“.¹³ Aber dazu musste die PS ihren enormen Rückstand gegenüber der PCP in Sachen Organisation und gesellschaftlichem Einfluss aufholen.

In Koordination mit der Bundesregierung reagierten SPD und FES umgehend auf Mário Soares' Gesuch. Tage später reiste Elke Sabiel von der FES in Begleitung von Winfried Böll, einem Beamten aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), zur Erstellung eines Dringlichkeitsplans nach Lissabon. In ihrem gemeinsamen Bericht stellten beide fest:

[Der PS] fehlt es an mittleren und unteren Kadern, an Publikations- und Schulungsmöglichkeiten und an Ausrüstung, vom Schreibtisch und Schrank bis zu Kopier- und Vervielfältigungsapparaten. Vor allem fehlt es an Erfahrung und technischer Kenntnis über Organisation und Öffentlichkeitsarbeit [...]. Die startschnelle Agitation der Kommunisten lässt wenig Zeit.¹⁴

Sabiell und Böll schlugen eine massive Finanzierung der PS und die Entsendung von Organisations- und Bildungsexperten vor. Die FES änderte kein Jota an dem Bericht und stellte einen Antrag an das BMZ für ein neues Projekt in Portugal, der von Winfried Böll persönlich bewilligt und mit 2,5 Mio. DM finanziert wurde.¹⁵ Zu diesen Mitteln kamen kurze Zeit später weitaus größere aus dem ‚Reptilienfonds‘ des Bundeskanzleramtes und des Flick-Konzerns. Dergestalt wurde die deutsche Sozialdemokratie die mit Abstand wichtigste Finanzquelle der portugiesischen Sozialisten (Sablosky 2000).

Anfang Juli 1974 traf Günter Wehrmeyer als von der FES entsandter Experte zu einer sechswöchigen Mission mit dem Auftrag in Lissabon ein, die PS beim Aufbau und Ausbau von Ortsvereinen und der Kaderschulung zu unterstützen. Die wenigen Dutzenden Kader der PS bewegten sich seit Mai als Minister oder Staatssekretäre im Strudel der hohen Politik und hatten die Partei völlig vernachlässigt. Angefangen mit Mário Soares selbst, der als Außenminister eine frenetische Aktivität rund um die Welt entfaltete, und folglich kaum Zeit in Portugal verbrachte. Laut Wehrmeyer befanden sich die Sozialisten organisatorisch bei null. Die Solidarität der SI hatte bereits eingesetzt, war aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die PS verfügte inzwischen über zehn hauptamtliche Funktionäre, während die PCP auf ca. tausend kam. Ihre Disziplin, Betriebsamkeit und Propaganda trugen der PCP Respekt und Bewunderung ein. Im Ver-

13 Bericht des Bundeskanzleramtes über das Gespräch Brandt–Soares, 3. Mai 1974, PAAA, 102445.

14 Bericht von Elke Sabiel und Winfried Böll über die Reise nach Lissabon, 14. Mai 1974, AdsD, Bruno Friedrich 1537.

15 Rahmenvertrag FES-Associação António Sérgio, 28. Juni 1974, AdsD, FES 12800.

gleich dazu, so Wehrmeyer, erschienen die Sozialisten als „ein Haufen von Amateuren“. Ernüchtert erlebte er dies bei einer PS-PCP Kundgebung zur Unterstützung der MFA, die von den Kommunisten und ihrer Erklärung zur Einheit der Linken monopolisiert wurde: „Nach einem solchen Abend hält man es fast für unwahrscheinlich, dass die PS überhaupt eine Chance hat, gegenüber den Kommunisten zu gewinnen“.¹⁶

Günter Wehrmeyer überraschte die schwache Struktur der PS. Sie war im Inland kaum präsent und selbst in Lissabon nur in 10 der 53 Bezirke vertreten. Im 200 000 Einwohner zählenden Benfica-Viertel verfügte die Partei gerade einmal über 30 Mitglieder, von denen nur fünf aktiv waren. Sie seien durchweg alle Freiberufler und Studenten, zur Arbeiterklasse bestünde überhaupt keine Verbindung. Die Kaderausbildung sei äußerst mangelhaft, viele kannten nicht einmal das Programm der PS und könnten nicht zwischen Sozialismus und Kommunismus unterscheiden. Diese Handicaps würden aber zum Teil durch den Enthusiasmus und das Engagement der Genossen aufgewogen, wie man es in den gefestigten Demokratien kaum kannte. Nach den Vorgaben der PS-Leitung konzentrierte sich Wehrmeyer auf die Kaderschulung. Er veranstaltete Seminare über Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus, die Beziehungen zu anderen politischen Kräften, Propagandatechniken, Mitgliederwerbung, Beitrags- und Finanzierungsfragen sowie Buchungsverfahren. In Sacavém, einer Arbeiterstadt bei Lissabon, wirkte Wehrmeyer bei der Schaffung eines ‚Modellvereins‘ mit. Er bezahlte die Büromiete für die folgenden sechs Monate, besorgte die Einrichtung, bildete die Kader aus und half den Genossen, ihre eigenen Ansätze zum Beitragseinzug und zur Mitgliederwerbung umzusetzen.

In den ersten Monaten der Revolution entsandte die SPD keine hochrangigen Delegationen nach Lissabon, wie es die PS immer wieder erbat. Solche Besuche würden eine schwachbrüstige und technisch überforderte Organisation zu viel Energie kosten, und statt der Imagepflege der Sozialisten zu dienen, würden sie „im Gedränge und im Chaos untergehen“.¹⁷ Im Juli 1974 kamen StS Hans-Jürgen Wischnewski und MdB Bruno Friedrich nach Portugal. Beide trafen mit Ministern zusammen, verliehen dem Wohlwollen der SPD gegenüber der Demokratisierung Ausdruck, bekräftigten die Bereitschaft der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Unterstützung und Förderung von Portugals Annäherung an die EG. Im Einklang mit dem Bemühen der SPD, dem Pessimismus der deutschen konservativen Medien hinsichtlich der Revolution entgegenzutreten, betonten Wischnewski und Friedrich, dass in Portugal eine stürmische aber planmäßige Entwicklung unter der Leitung von Präsident Spínola stattfand (SPD-Pressedienst 1974). Die politische Instabilität, die soziale Konfliktsituation und die Verbreitung von Plakaten und Bannern mit Hammer und Sichel dürften den ausländischen Beobachter nicht beunruhigen. Das linke Fieber, das die Portugiesen angesteckt hatte, sei nur zu verständlich nach einem halben Jahrhundert erdrückender Rechtsdiktatur. Mit der Zeit würde die konservative Seele des lusitanischen Volkes wiedererwachen, die gemäßigten Parteien würden sich bei den Wahlen durchsetzen und die Lage würde sich normalisieren.¹⁸

16 Bericht von Günter Wehrmeyer über seine Tätigkeiten in Portugal, 11. August 1974, AdsD, FES 2972.

17 Hans-Eberhard Dingels an Holger Börner und Hans-Jürgen Wischnewski, 16. Mai 1974, AdsD, SPD-Parteivorstand 11484.

18 Bruno Friedrich über seine Reise nach Portugal, 6. August 1974, AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv (HSA) 6031.

Alles war aber viel komplizierter als die SPD sich wünschte. Angesichts der vom wirtschaftlichen Abschwung angeheizten Welle sozialer Proteste, der Orientierungslosigkeit der Regierung der nationalen Einheit und des unlösbaren Konflikts zwischen António de Spínola und der MFA in der Kolonialfrage, schlug der Ministerpräsident Adelino de Palma Carlos im Juli vor, dem Staatspräsidenten Sondervollmachten zu erteilen. Die MFA und die gesamte Linke lehnten diese Initiative aber ab, woraufhin Palma Carlos sein Amt niederlegte. Die MFA setzte nunmehr ihren Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten durch, Oberst Vasco Gonçalves, der schon bald Sympathien für die Kommunisten bekundete. Präsident Spínola ging daraufhin auf Konfrontationskurs zur MFA, suchte die Nähe rechter Gruppen und appellierte an die Bevölkerung sich „gegen die extremistischen Totalitarismen“ zu mobilisieren. Eine für den 28. September geplante Demonstration der ‚schweigenden Mehrheit‘ vor dem Präsidentenpalast erwies sich als Fehlschlag, nachdem die Linke und die MFA den Zugang nach Lissabon blockierten. Daraufhin, erklärte Spínola in einer dramatischen Rede an die Nation, in der er vor einer linken Diktatur warnte, seinen Rücktritt. Zum Nachfolger wurde General Francisco Costa Gomes ernannt (Rodrigues 2010).

Der Absturz Spínolas alarmierte den Westen. In der Bundesrepublik druckten einige Zeitungen die Rede des Präsidenten im Wortlaut ab und teilten seine Argumente. So hieß es in der FAZ: „Der Versuch, die Diktatur in Portugal zu beseitigen, ist offenbar fehlgeschlagen. An Stelle der alten, der rechten, wird eine neue, von links, errichtet“ (FAZ 1974a). Diese Katastrophenmeldungen waren sogar in den Augen des konservativen Botschafters Fritz Caspari unreal: Die Revolution sei im vollen Fluss und der Rücktritt Spínolas bedeute keineswegs, „der Weg Portugals zur Demokratie sei gescheitert“.¹⁹ Obwohl die Bundesregierung offiziell eine optimistische Vision beibehielt, wuchs ihre Sorge insgeheim immer weiter, insbesondere in Anbetracht der Instabilität im gesamten Süden Europas und der mangelnden konstruktiven Strategie der USA.²⁰ Außenminister Henry Kissinger hatte offensichtlich keine Vorstellung davon, wie die Kommunisten in Italien zu bremsen waren, konnte den Krieg in Zypern nicht vermeiden, und nach dem Rücktritt Spínolas hielt er es für unabwendbar, dass Portugal in die Hände Cunhals fallen würde (Gomes und Moreira de Sá 2008).

Angesichts des Funktionsverzichts der amerikanischen Supermacht reifte in Bonn der Gedanke, Europa müsste sich selbst um die Durchsetzung seiner Interessen im Süden des Kontinents kümmern. Eine solche europäische Antwort auf die Nelkenrevolution anzuregen war das Leitmotiv der Portugal-Reise Willy Brandts im Oktober 1974. In Lissabon traf er Präsident Costa Gomes und Ministerpräsident Vasco Gonçalves, was dem Besuch einen fast offiziellen Charakter verlieh. Der SPD-Vorsitzende trat als Sprecher des fortschrittlichen Europas auf, das mit der Revolution sympathisierte und dazu beitragen wollte, die Ziele der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zu erreichen. In Porto nahm Brandt mit Soares an einer für deutsche Maßstäbe absolut chaotischen Kundgebung teil. In seiner Rede verglich Brandt die Rolle der PS beim Aufbau der Demokratie in Portugal mit der der SPD nach 1945 und erinnerte geschickt daran, wie die deutsche Erfahrung die Gefahren der Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten verdeutlichte (Birle und Muñoz Sánchez 2020).

19 Fritz Caspari über die Lage in Portugal, 10. Oktober 1974, AdsD, Willy-Brandt-Archiv (WBA), 2/126.

20 Hans-Eberhard Dingels an Erwin Lange, 30. August 1974, AdsD, SPD-Parteivorstand 11517.

Nach seiner Portugal-Reise trat der SPD-Vorsitzende in verschiedenen europäischen Foren auf und machte dabei auf die globalen Risiken der Krise im Mittelmeerraum sowie die Notwendigkeit der Zuwendung des Westens zu Portugal aufmerksam. Die Bundesregierung ging mit gutem Beispiel voran und empfing im November mehrere portugiesische Führungspersonlichkeiten in der Hoffnung, mit ihnen endlich die gewünschte wirtschaftliche Hilfe zu konkretisieren.²¹ Unter der immer tieferen Instabilität im Lande würde jedoch die Zusammenarbeit ins Leere laufen. Die anderen europäischen Länder kamen nicht über gute Worte hinaus. Zu sehr waren sie inmitten der Ölkrise mit ihren eigenen politischen und sozialen Krisen beschäftigt.

Das Frühjahr 1975 war vom Bruch der ‚antifaschistischen Einheit‘ gezeichnet, die Sozialisten und Kommunisten bis zu diesem Moment zumindest in der Öffentlichkeit pflegten. Im Januar rief die PS zu einer Protestaktion gegen das von der PCP inspirierte Einheitsgewerkschaftsgesetz auf. Die Veranstaltung erwies sich als enthusiastische Bestätigung eines antikommunistischen Blocks. Die gegenseitigen öffentlichen Vorwürfe zwischen PS und PCP wurden immer lauter, und vertraulich äußerten die Sozialisten gegenüber ihren europäischen Genossen ihre Befürchtung, dass die Kommunisten und der radikale MFA-Flügel danach trachteten, die Macht im Handstreich zu nehmen (Castaño 2013).

Die Vorbereitung der Kampagne zu den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung beschäftigte die PS von Februar an völlig. Auf Bitte der PS verpflichteten sich die deutschen Sozialdemokraten zu materieller Unterstützung sowie der Entsendung von Experten, die „den Wahlkampf der PS vorbereiten und laufend lenken helfen“.²² Die FES finanzierte den Einkauf von 22 Fahrzeugen mit Lautsprecheranlagen und die Gehaltszahlungen für 50 Mitarbeiter der PS (die Partei verfügte damals nur über 20) für zwei Monate.²³ Anfang März trafen drei deutsche Experten in Lissabon ein. Sie fanden dort eine spannungsgeladene Atmosphäre vor. Putschgerüchte sowohl von rechts als auch von links verstummten nicht, und die Veranstaltungen der gemäßigten Parteien sahen sich Angriffen ausgesetzt. Trotz allem verströmten die Sozialisten mit Blick auf die Wahlen Optimismus (Castaño 2013).

Die ganze Entspannungspolitik ist in Gefahr

Die Revolution aber wiederum diktierte ihre eigenen Gesetze. Am 11. März 1975 vollzog sich ein konterrevolutionärer Putsch, in den Expräsident António de Spínola verwickelt war. Der Angriff war höchst unzulänglich geplant und in wenigen Stunden neutralisiert. Die Verantwortlichen flohen nach Spanien oder versteckten sich vor den loyalen Streitkräften und einer empörten Bevölkerung, die in einigen Städten die Büros konservativer Parteien plünderten. Vier der 27 am Putsch beteiligten Offiziere suchten in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht, vor der sich hunderte Linke versammelten, die Bonn des Zusammenspiels mit den Verschwörern bezichtigten. Der Putsch führte zu einer verstärkten Radikalisierung des politischen Prozesses. Am selben Abend des 11. März verschworen sich in einer ‚wildem Versamm-

21 Bericht über ein Zusammentreffen mit Vítor Alves, 5. Januar 1974, AdsD, HSA 6980.

22 Vermerk von F. C. Brunke aus Lissabon, 13. Februar 1975, AdsD, FES 2972.

23 Aktennotiz über den Besuch von Tito de Morais in Deutschland, 25. Februar 1975, AdsD, FES 2972.

lung' 200 MFA-Offiziere zur Rettung der Revolution. Die ganze Staatsmacht wurde an einen Revolutionsrat übertragen, der den Aufbau des Sozialismus in Portugal sichern sollte. In den nächsten Tagen wurden Banken und hunderte von Unternehmen verstaatlicht und es kam zu massiven Landnahmen im Alentejo (Rezola 2007).

Im Westen gab es keine gemeinsame Reaktion auf die neue Situation in Portugal. In den USA sah man es als die Erfüllung der Prophezeiung, dass das iberische Land dazu verdammt war, den Kommunisten in die Hände zu fallen, und Henry Kissinger sondierte nun bei den Bündnispartnern die Möglichkeiten eines Ausschlusses Portugals aus der NATO. Die Labour-Regierung in London nahm die Krise viel gelassener; der Putsch hätte das revolutionäre Fieber zwar um ein paar Zehntel erhöht, eine kommunistische Gefahr bestünde aber nicht wirklich. Die konservative französische Regierung hingegen äußerte große Besorgnis, hielt es aber angesichts der hysterischen Stimmung in Portugal und der Vorwürfe wegen der angeblichen Unterstützung der Putschisten von außen nicht für möglich, vom Westen aus Maßnahmen zur Beruhigung der Lage zu ergreifen.²⁴

In der Bundesrepublik überraschte die Katastrophensicht der USA weniger als die lauwarmer bis resignierte Haltung Großbritanniens und Frankreichs. Das Fehlen eines gemeinsamen europäischen Vorgehens alarmierte jetzt die Bundesregierung im gleichen Maße wie die konservativen deutschen Blätter, welche in ihrem rabiaten Antikommunismus die hohe Komplexität der portugiesischen Revolution auf einen Sturm auf das Winterpalais in Raten reduzierten. Die zwischen der Bundesrepublik und dem restlichen Europa abweichende Bewertung der Lage in Portugal schlug sich in einem erbitterten Artikel der FAZ nieder:

[Alles weist darauf hin,] dass eine Volksdemokratie unter militärischer Anleitung entstehen soll. Doch die besorgten Regierungen Westeuropas können kaum wagen, sich darüber zu räuspern, denn die öffentliche Meinung ist schon jetzt gespalten und wird es immer mehr werden. Wie im spanischen Bürgerkrieg droht Europa eine schlimme Konfrontation der Meinungen. Wenn *Le Monde* einen Leitartikel „Demokraten in Uniform“ betitelt, ist damit schon angedeutet, wie weit in Frankreich die Neigung geht, der portugiesischen Entwicklung Vorschuss auf demokratisches Wohlverhalten zu geben. [...] Der gute Wille der nichtkommunistischen europäischen Linken, immer nur das Beste in solchen Entwicklungen zu sehen, ist unerschöpflich. Behielte sie doch einmal recht! (FAZ 1975b).

Nach der Auflösung der Regierung in Lissabon wollte der Revolutionsrat ein neues Kabinett benennen, in dem die sechs zivilen Ministerien ausschließlich von linken Parteien besetzt werden sollten. Die PS lehnte diesen Vorschlag kategorisch ab, drohte ihre Beteiligung an der Regierung zu verweigern und sandte am 20. März ein SOS an die europäischen Genossen. Am nächsten Tag beriet Helmut Schmidt mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher und entschied, Soares' Alarmsignale ernst zu nehmen. Der Kanzler telefonierte sofort mit Gerald Ford in Washington und Harold Wilson in London, warnte vor einem Putsch wie in Prag 1948 und schlug eine Sondersitzung der NATO vor.²⁵ Genscher seinerseits bat die irische Präsidentschaft der EWG eine Son-

24 Deutscher Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt, 21. März 1975, PAAA, 113503.

25 Telefongespräche von Schmidt mit Ford und Wilson, 21. März, 1975 PAAA, B/150-325.

dersitzung einzuberufen und gab die Anweisung, Papst Paul VI über die Lage in Portugal zu informieren. Auch die Öffentlichkeit wurde über den Ernst der Lage unterrichtet, ein auffallender Schwenk, den *Der Spiegel* spöttisch registrierte:

Und so kam es, dass ein führender Vertreter der Sozialdemokraten, die bislang den KP-Vormarsch schweigend hingenommen hatten, nun plötzlich im Deutschen Fernsehen vor der Gefahr einer kommunistischen Diktatur und der Belastung für den gesamten Entspannungsprozess sprach (Der Spiegel 1975).

Von Helmut Schmidt angeregt, setzte sich die diplomatische Maschinerie des Westens umgehend in Bewegung, schlug aber nicht die vom Kanzler erwünschte Richtung ein. Am Samstag, dem 22. März, rief NATO-Generalsekretär Joseph Luns die Botschafter der Mitgliedsländer zusammen. Die Mehrheit schätzte die Lage in Portugal als nicht hoffnungslos ein. Druck von außen, wie ihn die Bundesrepublik vorschlug, sei kontraproduktiv und würde die Linke beflügeln, die überall internationale Verschwörungen witterte. Abgelehnt wurde auch der deutsche Vorschlag, die NATO solle in Moskau intervenieren und auf die von der kommunistischen Offensive in Lissabon ausgehenden Gefahren für den Helsinki-Gipfel und den gesamten Entspannungsprozess hinweisen. Es sei unsinnig, so die allgemeine Haltung, auf die Sowjets wegen eines Themas wie Portugal Druck auszuüben, mit dem sie überhaupt nichts zu tun hatten, schließlich sei die Entspannung mit dem Westen für sie vorrangig.²⁶ Am Montag, dem 24. März, demonstrierten in Dublin bei der vom irischen Außenminister geleiteten Sitzung die EG-Botschafter angesichts der portugiesischen Frage erneut die Uneinigkeit Europas. Der deutsche Vorschlag, Lissabon eine gemeinsame Erklärung der Neun zu übermitteln, um auf die Regierungsbildung Einfluss zu nehmen, wurde abgelehnt. London wollte keine koordinierte Antwort der EG, und Paris lehnte es ab, Druck auf Portugal auszuüben.²⁷

Schließlich konstituierte sich in Lissabon am 26. März die neue Regierung, wieder unter Vasco Gonçalves als Ministerpräsidenten. Die MFA besetzte sieben Ministerien, darunter das Außenministerium unter dem Offizier Ernesto Melo Antunes. Auf die Kommunisten entfielen fünf, darunter Wirtschaft und Finanzen. Die Partido Social Democrata (PPD) von Sá Carneiro und PS erhielten je zwei. Die Ablösung von Mário Soares als Außenminister erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch von Vasco Gonçalves, dem es ein Dorn im Auge war, dass der PS-Vorsitzende das Amt nutzte „um gemeinsame Aktionen mit der internationalen Sozialdemokratie zu entwickeln“ (Cruzeiro 2002, 147). Soares zweifelte nicht daran, dass die Regierungsbeteiligung der PPD dem Druck von außen zu verdanken war und bedankte sich bei Kanzler Helmut Schmidt als Haupttriebfeder dieser Aktion.²⁸

In Bonn jedoch sah man keinen Grund zur Zufriedenheit. In der Kabinettsitzung am 26. März ließ Helmut Schmidt seine tiefe Beunruhigung hinsichtlich der Lage in Portugal erkennen und fand harte Worte für die passive Haltung der Bündnispartner, die nicht zu bemerken schienen, dass in dem iberischen Land „die ganze Entspannungspolitik in Gefahr geraten [könne]“. Angesichts dessen müsse die Bundesrepublik

26 Deutsche NATO-Botschaft an das Auswärtige Amt, 22. und 24. März 1975, PAAA, B/150-325.

27 Botschafter der Bundesrepublik in Dublin an Auswärtiges Amt, 24. März 1975, PAAA, B/150-325.

28 Bericht der FES über die Lage in Portugal, April 1975, AdSD, Bruno Friedrich 1537.

die Initiative ergreifen und eine verschärfte Gangart einlegen, um Portugal zu „stabilisieren“.²⁹ Zu diesem Zweck beschloss die Regierung einen umfassenden Plan zur Unterstützung der portugiesischen Wirtschaft, darunter eine Kapitalhilfe für öffentliche Investitionen von 70 Millionen DM.³⁰ Noch am selben Tag der Verabschiedung des Portugal-Plans am 8. April machte ihn der Sprecher der Bundesregierung vor der Presse bekannt. Die Nachricht verbreitete sich schnell in Portugal, so dass die deutsche Initiative bereits vor ihrer Umsetzung das erwünschte Ziel erreichte, den portugiesischen Wählern zu signalisieren, das kapitalistische Europa fühle sich mit ihrem Land solidarisch. Als Tage später der Botschafter vom Ministerpräsidenten empfangen wurde und ihm den Beistandsplan offiziell übermittelte, entgegnete ihm Vasco Gonçalves trocken, er kenne die Einzelheiten bereits aus der Presse.³¹

In einer getrübbten Stimmung hatte inzwischen der Wahlkampf begonnen. Die PCP entfaltete eine spektakuläre Kampagne. Die der PS hingegen war nicht gerade professionell, wie die von der FES entsandten Experten feststellten: „[D]as Gefühl, keiner weiß genau, was passiert, ist weit verbreitet“. Aus Besorgnis über die kommunistischen Anschuldigungen, dass sie „am Gängelband des Auslands geführt“ wurde, hatte die PS-Spitze keine europäischen Persönlichkeiten zum Wahlkampf eingeladen, und die FES-Kollegen wurden gebeten, sich diskret zu verhalten. Trotz des eingeschränkten Handlungsspielraums konnte das Team auf Erfolge verweisen: „Immerhin haben wir erreicht, dass nach anfänglichem Zaudern der Wahlkampf stärker auf Mário Soares personalisiert wurde. Neuerdings folgt man unserer Anregung und druckt Soares-Plakate“. Der Generalsekretär der PS fuhr mit einer Autokarawane übers Land und trat in Dutzenden Versammlungen auf, wo seine Parole „Sozialismus in Freiheit“ bei einem Publikum mit einer tiefen „Furcht vor den Kommunisten“ gut ankam.³²

Die Wahlen vom 25. April 1975 verliefen in einer festlichen Atmosphäre und unterbrachen die politischen Spannungen der letzten Monate. Die PS gewann mit fast 38 % der Stimmen, gefolgt von der PPD mit 26 %. Zählt man die konservativen CDS-Stimmen dazu, so kamen die gemäßigten Parteien auf über 70 %. Die PCP erlitt eine harte Niederlage mit kaum 12 % der Stimmen. Als Hauptempfänger des antikommunistischen taktischen Wahlverhaltens, erhielt die PS einen homogenen Rückhalt im ganzen Land, während PPD und CDS im Norden ihre Hochburgen hatten und die PCP im Süden. Die Sozialisten konnten sich nunmehr als nationale Partei *par excellence* darstellen, die die Ansichten des Volkes am besten wiedergab und daher vor allen anderen legitimiert war, den politischen Weg des Landes zu bestimmen (Rezola 2007).

Druck von außen, Druck von innen: Leiden und Sterben der Nelkenrevolution

Die Wahl der verfassungsgebenden Versammlung bewirkte zwar keine unverzügliche Kursänderung der Nelkenrevolution, läutete aber den Anfang vom Ende der linken Hegemonie ein. Diese kritische Phase der Revolution war außerordentlich verworren

29 Kabinettsitzung, 26. März 1975, PAAA, 113503.

30 Bericht über den Hilfeplan, 7. April 1975, PAAA, 110242.

31 Fritz Caspari über sein Gespräch mit Vasco Gonçalves, 18. April 1975, PAAA, 113503.

32 Peter Ruthmann zur Lage in Portugal, o. A. [Mitte April] 1975, AdsD, FES, 12799.

und ist es für die Historiker teilweise auch heute noch. Die Politik der Bundesregierung zur Nelkenrevolution in diesem langen „heißen Sommer 1975“ fußte auf zwei Säulen: den Westen für seine Strategie der wirtschaftlichen und politischen Umrüstung Portugals zu gewinnen und die Sozialisten sowie die gemäßigten MFA-Leute um Melo Antunes massiv zu unterstützen.

Für Bonn hatte es hohe Priorität, einen Positionswechsel der USA zu bewirken. Schon nach dem 11. März hatte Henry Kissinger Portugal endgültig für den Westen verloren gegeben. Die Wahlen änderten nichts, denn sie wären ein bloßer „Popularitätswettbewerb“, ohne Bedeutung für die Entwicklung der Revolution, so sehr die „lächerlichen Europäer“ auch das Gegenteil behaupten mochten (Pero *et al.* 2010, 144). Die Zeit war gekommen, Portugal aus der NATO auszuschließen, wirtschaftlich zu isolieren und das Land in die Arme der UdSSR fallen zu lassen. In ein neues Kuba verwandelt, würde Portugal andere südeuropäische Gesellschaften gegen den Kommunismus impfen, antisowjetische Ängste in den NATO-Ländern wecken, der deutschen Ostpolitik schweren Schaden zufügen und das Streben Europas nach Autonomie von den USA bremsen (Gomes und Moreira de Sá 2008).

Gegen diese machiavellistische Strategie schlug Helmut Schmidt nun deutlichere Töne an. Mitte Mai ließ er über einen Gesandten dem Weißen Haus mitteilen:

Eine Politik der Isolierung und des Herausdrängens Portugals nach dem Motto „lieber ein kommunistisches Portugal außerhalb der Allianz als ein Volksfront-Portugal in der NATO“ würde von weiten, auch offiziellen Kreisen der europäischen Bündnispartner nicht mitgemacht; das europäisch-amerikanische Verhältnis würde neuen Belastungen ausgesetzt.³³

Die Warnung aus Deutschland verfehlte schließlich nicht ihre Wirkung. Vor dem NATO-Gipfel Ende Mai diskutierten Gerald Ford und Henry Kissinger in Bonn mit Helmut Schmidt über Portugal. Kissinger sprach seine „tiefe Überzeugung“ aus, dass die Demokraten keine Chance mehr hätten.³⁴ Trotzdem hatte die USA entschieden, derselben Politik wie die Bundesregierung zu folgen, und bereitete ein Hilfsprogramm von US\$ 25 Millionen für Lissabon vor. Einige Monate später, als die Revolution bereits in ruhigeren Bahnen verlief, erklärte Schmidt nicht ohne Stolz zu seiner Portugalpolitik: „Es war mühevoll [...] unseren amerikanischen Freunden [...] klarzumachen, dass es falsch sein würde, die Flinte ins Korn zu werfen. Es war mühevoll, aber in diesem Punkt – in diesem kleinen Ausschnitt der Weltpolitik – sind die Amerikaner unserem Ratschlag gefolgt. Und sie sind gut dabei gefahren.“³⁵

Nach den April-Wahlen versuchte die Bundesrepublik, mit dem Revolutionsrat in einen konstruktiven Dialog zu treten. Informationen aus erster Hand über diesen harten Kern der Macht in Lissabon, dessen innere Spannungen noch vom Korpsgeist der Militärs überdeckt wurden, erweckten Hoffnungen auf eine positive Entwicklung. Die 29 Mitglieder des Revolutionsrats waren fast ausnahmslos linke Idealisten mit guten Absichten, aber ohne klare Vorstellung darüber, wohin sie das Land steuern sollten. Am Ende gab es niemanden, der hätte sagen können, was denn der „Sozialismus auf

33 Unterredung zwischen Günther van Well und Sommerfeldt in Washington, 14. Mai 1975, PAAA, B-150-329.

34 Gespräche mit Henry Kissinger in Bonn, 20. und 22. Mai 1975, PAAA, B/150-329.

35 Helmut Schmidt vor der Sozialdemokratischen Fachkonferenz, Bonn, 9. und 10. April 1976.

Portugiesisch“ genau war. Zur fehlenden strategischen Vision kam das offensichtliche Unvermögen zu regieren. Die Mitglieder des Revolutionsrats agierten unsicher und ließen sich gern hofieren, aber sie verschlossen sich auch nicht technischen Argumenten. Die PCP hatte das für sich zu nutzen gewusst, doch war es falsch zu glauben, die Kommunisten hätte im Revolutionsrat ein Übergewicht.³⁶

Im Mai lud die Bundesregierung Außenminister Ernesto Melo Antunes, MFA-Ideologe, zu einem Gespräch ein. Melo Antunes überraschte Schmidt, Genscher, Brandt und andere Gesprächspartner mit seiner Standfestigkeit und Mäßigung. Der Minister sah es als oberste Priorität Portugals an, seine tiefe wirtschaftliche Depression zu überwinden. Einer ausgewogenen Politik stünden aber große Hindernisse im Weg, insbesondere die PCP, „Moskau Lakai“, die unter Missachtung des in der Wahl ausgedrückten Volkswillens ihr gefährliches leninistisches Abenteuer weiterverfolgen würde. Nur mit der Hilfe befreundeter Länder könne man die Krise überwinden. Der Minister sprach sich für engere Beziehungen zur EWG aus und schlug eine Konferenz vor, in der die Neun ihren Willen zur Unterstützung Portugals darlegen sollten.³⁷ Melo Antunes trat also ebenso wie Mário Soares für ein umfassendes Engagement des demokratischen Europas ein, ohne das Portugal seine ernststen strukturellen Probleme nicht überwinden und seine Zukunft ohne Imperium nicht meistern können würde. Der Besuch des neuen Außenministers war für die Bundesregierung eine Sensation, und er wurde von da an neben dem Sozialistenführer als standhaftester Partner in Lissabon angesehen.

Der stärkste Trumpf Bonns zur Beeinflussung der Nelkenrevolution wurde so die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Trotz des Interesses, das die Ankündigung des deutschen Portugal-Plans im April geweckt hatte, waren in den darauffolgenden Monaten nur die Niederlande mit einer ähnlichen Initiative gefolgt.³⁸ Damit war Mitte 1975 das deutsche Angebot von 70 Millionen DM das unmittelbarste und umfangreichste, auf das Lissabon zur Linderung seiner wirtschaftlichen Nöte zählen konnte. Die Bundesregierung war sich dessen bewusst und darauf bedacht, den größtmöglichen politischen Nutzen daraus zu ziehen. Nach der Ankündigung des Plans hatte man es nicht eilig, ihn umzusetzen. Die MFA musste wissen, dass das Geld nicht fließen würde, wenn es dem Aufbau eines sozialistischen Regimes diene. Das Zusammentreffen zwischen Helmut Schmidt und Vasco Gonçalves am Rande des NATO-Gipfels Ende Mai bot Gelegenheit, die Karten auf den Tisch zu legen. Nach einer kruden Bestandsaufnahme der kläglichen wirtschaftlichen Indikatoren stellte der Kanzler in seiner bekannten Direktheit fest: „Es [ist] undenkbar, dass Portugal sich aus eigener Kraft aus seiner schwierigen Lage befreien kann“. Die Bundesrepublik sei bereit, ihren Teil dazu beizutragen, aber es sei unabdingbar, dass Lissabon das Vertrauen der internationalen Investoren wiedergewinne, das durch die Verstaatlichungen und die überhöhten Lohnforderungen der Arbeiter massiv gestört war.³⁹

Die konditionierte Wirtschaftshilfe für Portugal wurde von der Bundesregierung auch auf europäischer Ebene als Strategie vertreten. Genscher überredete auf einer

36 Laub (Bundeswehr) über seine Reise nach Lissabon, 25. April 1975, PAAA, 113503.

37 Notiz über das Gespräch von Ernesto Melo Antunes mit Genscher in Bonn, 19. Mai 1975, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Dok. 122 (Institut für Zeitgeschichte 2006).

38 Fritz Caspari an das Auswärtige Amt, 17. April 1975, PAAA, 110242.

39 Interview Helmut Schmidt und Vasco Gonçalves in Brüssel, 30. Mai 1975, PAAA, B/150-329.

Ratssitzung Ende Mai die Partner, eine Art Sonderkonferenz zu organisieren, wie sie Tage zuvor in Bonn Minister Melo Antunes angeregt hatte. Die Konferenz sollte den guten Willen gegenüber Portugal bekräftigen, aber auch klarstellen, dass Europa nur helfen würde, „wenn es durch demokratische Entwicklung die politische Sicherheit im Lande wahre“.⁴⁰ Die FAZ lobte diesen kleinen europäischen Marshall Plan für Portugal, urteilte aber: „Die EG ist nicht eine Vereinigung wohlhabender Nationen, die Portugal sogenannte humanitäre Hilfe bieten wollen, sondern ein Zusammenschluss, der eben durch die Zusammenfassung wirtschaftlicher Kräfte politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen hat“ (FAZ 1975a).

Nach dem Wahlsieg, sah sich die PS legitimiert, offensiv gegen die PCP und den radikalen Flügel der MFA zu agieren. Ein Konflikt in der Zeitung *República* Mitte Mai diente den Sozialisten als Initialzündung. Der Arbeiterrat entließ den Chefredakteur Raul Rêgo mit der Begründung, er habe die Zeitung zu einem Propagandaorgan der PS gemacht und damit ihre historische antifaschistische Identität verraten. Die PS rief daraufhin zu mehreren Demonstrationen in Lissabon auf, die hohe Beteiligung erreichten (Rezola 2007). Der Fall *República* löste im Westen großes Echo aus. Man sah ihn als schlüssigen Beweis dafür an, dass die Kommunisten dabei waren, eine Diktatur zu errichten. Wenn noch Zweifel bestanden, so wurden diese von Álvaro Cunhal höchst persönlich in einem Interview mit Oriana Fallaci zerstreut, das er den Rest seines Lebens bereute. Darin würdigte Cunhal die Übernahme der *República* durch die Arbeiter und erklärte dann:

Wir Kommunisten akzeptieren ja die Spielregeln der Wahlen nicht! [...] Ich behaupte, dass die Wahlen mit der revolutionären Dynamik nichts zu tun oder nur sehr wenig zu tun haben. Ob Ihnen das passt oder nicht, ob es den Sozialisten passt oder nicht, [...]. Ich verspreche Ihnen, dass es in Portugal kein Parlament geben wird (Der Stern 1975).

Die Entscheidung des Revolutionsrats Anfang Juli, *República* in die Hände der Arbeiter zu geben, wurde von den Sozialisten als Ausrede genutzt, die Regierung zu verlassen und zu massiven Demonstrationen aufzurufen. Vor 200 000 Menschen, die bis zur Erschöpfung Parolen skandierten wie: „Das Volk steht nicht mehr hinter der MFA“, „Nieder mit dem Kommunismus“, „Weg mit Vasco“, „Cunhal nach Sibirien“, attackierte Mário Soares in der Lissaboner Alameda die PCP als „verrückt“, „abenteuerlustig“, „paranoid“. Jetzt musste es heißen, keinen Schritt weiter, denn das Volk wollte „in einem freien Land leben, nicht in einem Konzentrationslager“.⁴¹ Die Kundgebung wirkte als Ventil für den über ein Jahr aufgestauten Groll des konservativen Portugal gegen Radikale und Kommunisten. So brach sich eine gewaltsame antirevolutionäre Welle in der Nordhälfte des Landes Bahn, ebenso wie auf den Azoren und Madeira unter aktiver Beteiligung der katholischen Kirche. Büros der PCP und der extremen Linksparteien wurden von Massen geplündert. In der Folge verschwanden die Parteien links von der PS im Norden Portugals und auf den Inseln praktisch in den Untergrund (Palacios Cerezales 2003).

Der Druck der Gemäßigten auf die radikalen Gruppen der MFA in Portugal wurde von den europäischen Sozialisten noch verstärkt. Willy Brandt war in diesem kriti-

40 Botschaft der Bundesrepublik in Dublin über das Treffen des Rats der EG, 27. Mai 1975, PAAA, 113503.

41 Bericht von Fritz Caspari über die Versammlung in Lissabon, 21. Juli 1975, PAAA, 113503.

schen Moment der Nelkenrevolution sehr aktiv und handelte in enger Zusammenarbeit mit Mário Soares. Anfang Juli reiste Brandt nach Moskau, wo er mit Leonid Breschnew über den bevorstehenden Helsinki-Gipfel sprach und ihm seine Besorgnis darüber mitteilte, dass Portugal die Entspannungspolitik torpedieren könnte. Breschnew wies aber Brandts Andeutung zurück, er wolle Cunhal an die Macht bringen. Die Nicht-Einmischung sei Grundlage der Außenpolitik von Moskau, so Breschnew. Er könne von den europäischen Sozialisten und besonders der SPD nicht dasselbe sagen, die „[sich] nicht nur [...] nicht den rechten Kräften widersetzen, sondern selbst die linken Kräfte, die KP Portugals, die MFA und andere demokratische Parteien attackieren“.⁴² Obwohl Historiker die Politik der UdSSR gegenüber der Nelkenrevolution noch nicht geklärt haben, besteht Einigkeit, dass Breschnew in der Tat den Entspannungsprozess nicht gefährden wollte und spätestens Mitte 1975 die Unterstützung an den PCP einstellte (Varela 2011).

Der Helsinki-Gipfel bot eine hervorragende Gelegenheit, den westlichen Druck auf Lissabon aufs Höchste zu steigern. Beim Treffen mit Präsident Costa Gomes am 1. August lenkte Helmut Schmidt die Diskussion auf die Wirtschaft. Der Westen wolle Lissabon helfen, aber nicht, um zur „Einrichtung einer Militärdiktatur“ beizutragen. Ohne Hilfe von außen könne Portugal „in einigen Monaten nicht mehr aus eigener Kraft existieren“. Costa Gomes gab die Ernsthaftigkeit der Lage zu und bedauerte, dass der Westen Portugal nicht unterstützt habe, worauf Schmidt entgegnete: „Helfen Sie uns, Ihnen zu helfen“. Das Gespräch verlief in einem nicht gerade warmherzigen Ton. Einige Jahre später erinnerte sich Costa Gomes wie folgt an den imperativen Stil des Kanzlers in Helsinki: „Schmidt wiederholte immer wieder: ‚Die Herrschaften müssen Ordnung herstellen, denn ohne Ordnung gibt es keine Wirtschaft und ohne Wirtschaft gibt es keine Regierung. Das Land ist sehr ungeordnet, es braucht Ordnung hier und da und dort‘“ (Gomes und Moreira de Sá 2008, 263).

Willy Brandt und Olof Palme nutzten die Anwesenheit der europäischen Staats- und Regierungschefs in Helsinki zu einer Einladung der sozialistischen Führer zu einem Treffen mit Mário Soares in Stockholm. Vor der gesamten europäischen Linken mit Rang und Namen wiederholte Soares, die PCP trage die Verantwortung für alle Übel in Portugal. Die PS war bereit, in den Untergrund zu gehen, die Waffen aufzunehmen und sich mit der Kirche zu verbünden, um den Widerstand anzuführen.⁴³ In dieser tragischen Stunde sei Portugal in seiner Verzweiflung auf die Solidarität Europas angewiesen. Zwar teilten nicht alle Anwesenden Soares' Katastrophendiagnose, aber die Antwort auf das Hilfsersuchen war einhellig positiv. Harold Wilson, Helmut Schmidt, Bruno Kreisky, Olof Palme, Willy Brandt, François Mitterrand und die übrigen Genossen verpflichteten sich, den Druck auf Lissabon zu erhöhen und die PS mit dem zu unterstützen, was dem österreichischen Kanzler zufolge sowohl in der Politik wie auch im Krieg das Wichtigste war: „Geld, Geld, Geld“ (Castaño 2013, 354).

Zur Koordination dieser Hilfe schlug Brandt die Gründung eines Komitees für Freundschaft und Solidarität mit Demokratie und Sozialismus in Portugal vor. In der anschließenden Pressekonferenz erläuterte Palme die Forderungen für die MFA: „Eine pluralistische Demokratie muss erreicht werden; eine freie Presse muss garantiert werden, die gleichen Garantien müssen für die freien Gewerkschaften bestehen;

42 Gespräch von Willy Brandt mit Leonid Breschnew, 3. Juli 1975, PAAA, B/150-332.

43 Veronika Isenberg über das Treffen in Stockholm, 15. August 1975, AdSd, HSA 6657.

schließlich müssen die Beziehungen zum Ausland frei sein“ (*Socialist Affairs* 1975). Das Stockholmer Treffen war ein Markstein für die Mobilisierung der europäischen Solidarität mit der portugiesischen Demokratie oder, aus der Sicht der alternativen Linken und des gesamten Ostblocks, eine Ausweitung der von der deutschen Sozialdemokratie angeführten Einmischung des Westens in Portugal (Einsfeld 1984).

Nach Helsinki gab der Präsident Francisco Costa Gomes seine bisherige Neutralität auf und erteilte dem Ministerpräsidenten eine ernsthafte Abfuhr. Costa Gomes sah die Revolution ihren Kurs verlieren. Lissabon hatte sich in einen radikalisierten Mikrokosmos verwandelt, der nicht die Realität einer Nation widerspiegelte, die mehrheitlich ihren Glauben an die Revolution verloren und sich sogar gewaltsam gegen sie erhoben hatte. Eine Linie weiterzuverfolgen, die das Land zweiteilte und eine direkte Konfrontation mit dem Westen bedeutete, war nach Auffassung des Präsidenten grundfalsch. Der gemäßigte Flügel der MFA verstand, dass sich die Kräftekorrelation zu seinen Gunsten verschob und beschloss, zum Angriff überzugehen und forcierte letztlich den Rücktritt Vasco Gonçalves' nach einer dramatischen Versammlung der MFA, auf der Ernesto Melo Antunes die Mehrheit seiner Kameraden überzeugte, Portugal würde in den Abgrund stürzen, würde der Kurs nicht sofort geändert (Rezola 2007).

Der Fall von Vasco Gonçalves Anfang September 1975 bedeutete aber nicht die endgültige Niederlage der Radikalen und brachte auch keine politische Stabilität für Portugal. Dem „heißen Sommer“ folgte ein „heißer Herbst“, in dem die sozialen und politischen Spannungen ihren Höhepunkt erreichten. Die Sozialkonflikte wurden aggressiver. Im November hielten die Bauarbeiter mit einer riesigen Demonstration zwei Tage lang die Abgeordneten der verfassungsgebenden Versammlung im Parlament gefangen, während linke Soldatenorganisationen im Untergrund Waffen an die Bevölkerung verteilten und Gerüchte über einen erneuten, von Spínola aus dem Ausland angezettelten Putsch von rechts umgingen. Es wurde ernsthaft mit dem Ausbruch eines Bürgerkriegs gerechnet, und die NATO arbeitete auf Ersuchen der PS einen Interventionsplan zur Unterstützung der Gemäßigten aus – eine immer noch nicht aufgeklärte Episode der Nelkenrevolution. Schließlich, am 25. November 1975, führte eine Gruppe des radikalen Flügels der MFA einen chaotischen Putsch ohne klares Ziel durch, der in wenigen Stunden von den Streitkräften in der Hauptstadt unter General António Ramalho Eanes niedergeschlagen wurde. Der Weg für den Aufbau einer pluralistischen Demokratie war nun frei.

Literaturverzeichnis

- Birle, Peter und Antonio Muñoz Sánchez. 2020. *Partnerschaft für die Demokratie. Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien und Portugal*. Bonn: Dietz.
- Brandt, Willy. 1978. *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*. München: Knaur.
- Castaño, David. 2013. *Mário Soares e a Revolução*. Alfragide: Dom Quixote.
- Cruzeiro, Maria Manuela. 2002. *Vasco Gonçalves, um General na Revolução*. Lissabon: Bertrand.
- Der Spiegel*. 1975. „Erinnerungen an Prag“. 30. März.
- Der Stern*. 1975. „Ich verspreche Ihnen, dass es in Portugal kein Parlament geben wird“. 19. Juni.

- Die Welt. 1974. „Portugal probt die Freiheit“. 29. April.
- Einsfeld, Rainer. 1984. *Sozialistischer Pluralismus in Europa: Ansätze und Scheitern am Beispiel Portugals*. Köln: Wissenschaft und Politik.
- FAZ. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 1974a. „Debakel in Lissabon“. 1. Oktober.
- FAZ. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 1974b. „Junta aus schmalem Grat“. 29. April.
- FAZ. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 1975a. „Hilfe für Portugal“. 27. Mai.
- FAZ. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 1975b. „Portugiesische Illusion“. 17. März.
- Gomes, Bernardino und Tiago Moreira de Sá. 2008. *Carlucci vs. Kissinger: Os EUA e a Revolução Portuguesa*. Lissabon: Dom Quixote.
- Hallbauer, Bastian. 2015. *Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Portugal im Zeitalter der Dekolonisation (1960–1974)*. Dissertation, Universität Hamburg.
- Institut für Zeitgeschichte, Hg. 2004. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973*. München: Oldenbourg.
- Institut für Zeitgeschichte, Hg. 2006. *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1975*. München: Oldenbourg.
- Lamberg, Robert F. 2006. *Bootspartie im Acheron. Ein Leben zwischen braunem und rotem Totalitarismus*. Zürich: NZZ.
- Lopes, Rui. 2014. *West Germany and the Portuguese Dictatorship, 1968–1974*. London: Palgrave.
- Martins, Susana. 2005. *Socialista na oposição ao Estado Novo*. Cruz Quebrada: Casa das Letras.
- Maslowski, Rudi. 1971. *Der Skandal Portugal. Land ohne Menschenrechte*. München: Hanser.
- Palacios Cerezales, Diego. 2003. *O Poder Caiu na Rua. Crise de Estado e Acções Colectivas na Revolução Portuguesa, 1974–1975*. Lisboa: ICS.
- Pero, Mario del, Víctor Gavín, Fernando Guirao und Antonio Varsori. 2010. *Democrazie. L'Europa meridionale e la fine delle dittature*. Milano: Le Monnier.
- Rezola, Maria Inácia. 2007. *Mitos de uma Revolução*. Lissabon: A Esfera dos Livros.
- Rodrigues, Luís Nuno. 2010. *Spínola. Biografia*. Lisboa: A Esfera dos Livros.
- Rosas, Fernando und Pedro Aires Oliveira. 2004. *A transição falhada. O marcelismo e o fim do Estado Novo*. Lisboa: Notícias.
- Sablosky, Juliet Antunes. 2000. *O PS e a transição para a democracia*. Lisboa: Notícias.
- Soares, Mário. 1973. *Portugal. Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus*. Hamburg: Rowohlt.
- Socialist Affairs*. 1975. „Support for Democratic Socialism in Portugal“. 5: 95.
- SPD-Pressedienst. 1961. „Portugal wird ‚entdeckt‘.“ 28. Januar. <https://library.fes.de/spdpd/1961/610128.pdf>.
- SPD-Pressedienst. 1974. „Gute Gespräche in Lissabon,“ 28. Juni. <https://library.fes.de/spdpd/1974/740628.pdf>.
- Varela, Raquel. 2011. *A história do PCP na Revolução dos Cravos*. Lissabon: Bertrand.
- Zimmerer, Jürgen. 1996. „Die Nelkenrevolution und die deutsche Öffentlichkeit. Überlegungen zur Rezeption der portugiesischen Revolution in den deutschen Printmedien“. *Runa* 26: 573–578.